Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 52. Abendblatt. Donnerstag, den 31. Januar. 1867.

Deutschland.

□ **Berlin**, 30. Januar. Der nunmehr zwischen der preußischen Regierung und dem Fürsten von Thurn und Taxis abgeschlossene Vertrag scheint unter dem Einfluß der allgemeinen politischen Verhältnisse ein für Preußen günstiger geworden zu sein, obwohl er auch den Fürstlich Thurn und Taxis'schen Rechten volle Befriedigung gewähren soll. Die Entschädigungssumme ist bedeutend niedriger als das Gerücht sie früher bezeichnet hatte auf 3 Millionen Thaler festgesetzt und zwar als Pauschquantum; dieses Aequivalent scheint niedrig bemessen, insofern Preußen dafür das gesammte auf 19 Staaten ausgedehnte Thurn- und Taxis'sche Postrecht im ganzen Umfang mit allem beweglichem und unbeweglichem Eigenthum, mit Allem wie es steht und liegt erwirbt; man muß aber dagegen auch in Erwägung ziehen, daß Preußen wie in alle Rechte so auch in alle Verpflichtungen des Fürsten von Thurn und Taxis, namentlich den Gehalts- und Pensionsansprüchen der Beamten gegenüber, eintritt und daß nach den jetzt geltenden politischen und volkswirthschaftlichen Grundsätzen das Postregal nicht mehr in gleichem Grade wie früher, namentlich Seitens der Thurn und Taxis'schen Postverwaltung als Finanzquelle, sondern mehr als gemeinnützige Staatseinrichtung betrachtet wird. Man muß ferner berücksichtigen, daß unter den jetzigen politischen Verhältnissen ohne die Zustimmung Preußens dem Fürsten von Thurn und Taxis die Ausübung des Postrechts in der bisherigen Weise keinenfalls möglich sein würde, daß also unter allen Umständen eine Vereinbarung mit Preußen geboten war.

Die General-Post-Direktion in Frankfurt a. M. wird aufgehoben und die Beamten derselben werden pensionirt; jedoch hat Preußen außer der Verpflichtung der Pensionszahlung auch deren Wiederanstellung im preußischen Postdienst mit Berücksichtigung ihrer bisherigen Stellung und Dienstverhältnisse zugesagt, soweit sich die Möglichkeit dazu darbietet. Ueberhaupt werden alle bisher Fürstl. Thurn u. Taxis'schen Postbeamten mit ihren Dienstbezügen und erworbenen Ansprüchen von Preußen übernommen. Der Fürst von Thurn und Taxis hat für sich und sein Haus auf alle Ansprüche irgend einer Art verzichtet und die Aushändigung aller Konsense der berechtigten Familienmitglieder zum Vertrag zu bewirken versprochen, während von der preußischen Regierung die Beschaffung der Zustimmung aller betheiligten Regierungen übernommen ist. Die Uebernahme der Post Seitens der preußischen Regierung soll am 1. Juli c. erfolgen. Für die Fürstlich Thurn und Taxis'sche Familie ist nach denselben Grundsätzen Portofreiheit garantirt, nach welchen sie das Königliche Haus in Preußen genießt. Damit hätte denn glücklich wieder die deutsche Einheit einen nicht unwesentlichen Schritt vorwärts gethan und ein lästiges Institut des alten deutschen Feudalismus, der alle Bedürfnisse des Volkes als Eigenthum und Monopol der Feudalherren ausbeutete, wird aus der Gegenwart gestrichen.

— Soviel bis jetzt bestimmt, ist der Monat März für eine Reise des Königs nach den einverleibten Landestheilen in Aussicht genommen, woselbst die Anwesenheit des Monarchen opulent gefeiert werden soll. In der Begleitung des Königs werden sich die Prinzen und der Graf Bismarck befinden.

— Wie glaubwürdig versichert wird, hat Preußen Separat-Verhandlungen mit einzelnen süddeutschen Staaten mit Hinweisung auf den Artikel 4 des Prager Friedens vorläufig abgelehnt und die Nothwendigkeit vorgängiger Einigung derselben unter einander hervorgehoben.

— Die Bezeichnung des Herrn v. Rosenberg als preußischen Gesandten in Stuttgart und des Herrn von Werthern für München gilt für sicher. Herr v. Eichmann soll Aussichten für Dresden haben. Prinz Reuß wird bekanntlich nach Petersburg gehen.

Berlin, 29. Januar. Bekanntlich werden jetzt von demokratischer Seite Geldsammlungen veranstaltet, um sinnesgenossenschaftlichen Mandatsbewerbern für ihre Theilnahme am norddeutschen Reichstage Diäten zu sichern. Ueber diesen „Diätenfonds" bringt der „Magdeburger Correspondent" folgende sehr richtige Bemerkungen: Die Fortschrittspartei ist wieder mit der Sammlung eines Dispositionsfonds beschäftigt. Erfahrungsmäßig wird von dieser Partei jede irgend lebhaftere politische Bewegung dazu benutzt, durch eine Volksbesteuerung Geldmittel für ihre Zwecke aufzubringen. Man wirft in sinniger Abwechselung irgend eine „zeitgemäße" Losung aus, die gerade passend scheint, um als Reizmittel für die Spendewilligkeit und als Angelhaken für möglichst reiche Gaben zu dienen. So wurden bekanntlich im Jahre 1859 die Sammlungen für die „Einigung Deutschland" ins Werk gesetzt. Es folgten dann die „Flotten-Sammlungen", deren Ertrag nur zum Theil seiner eigentlichen Bestimmung zugeführt worden ist. Später der „Fonds zur Befreiung Schleswig-Holsteins", welcher für Augustenburg gegen Preußen seine Verwendung fand. Darauf in Preußen der „Nationalfonds" zur Unterstützung gemaßregelter Beamten und Anderer, die sich durch politische Wühlereien zu Schaden gebracht. Gemeinsam ist der Geschichte aller dieser Fonds das Mißgeschick, daß vielen Betheiligten die nachträgliche Rechnungslegung nicht zusagen wollte. Sie erschien entweder höchst *summarisch* mit einer sehr apodiktischen, jeden Einspruch vorweg abfertigenden Selbstdecharge, oder sie stimmte nicht und blieb auch taub gegen alle Aufklärungs-Wünsche. Die Unternehmer ließen sich eben nicht beirren: hatten sie doch ihren Hauptzweck erreicht, zu der Förderung der Partei-Interessen Betriebsmittel zu gewinnen. Inzwischen sind die Kassen wieder leer geworden und da trifft es sich zur gelegenen Zeit, daß die Wahlagitation zum norddeutschen Reichstage die Aufstellung einer neuen Sammlungsparole verstattet. Erfindungsreiche Herzen verfallen auf den „Diätenfonds", und flugs wird Anstalt gemacht, die sinnesverwandte Wählerschaft zu einer Parteisteuer heranzuziehen. Wo fehlt es den Unternehmern wohl an Material, ihre Forderung mit den besten Zugmitteln auszustatten? „Die Diätenversagung ist eine schwere Beeinträchtigung des Wahlrechts! Den Talenten wird der Eintritt in das Parlament versperrt!" und wie alle die schönen Ueberzeugungsgründe lauten. Die Hauptsache bleibt eben das Geldgeben, damit die Agitationskassen wieder gefüllt werden.

— Der von dem Abg. *Hagen* gestern eingebrachte Gesetzentwurf lautet, wie folgt: §. 1. Vom 1. Juli 1867 ab darf in den Stadtgemeinden der Provinzen Preußen, Posen, Sachsen, Schlesien, Westphalen und der Rheinprovinz bei Erwerb und für die Ausübung des Bürgerrechtes ein Bürgerrechtsgeld nicht mehr erhoben, auch kein Rückstand einer solchen Abgabe mehr eingefordert werden. §. 2. Mit dem im §. 1 festgesetzten Zeitpunkte treten die auf die Erhebung des Bürgerrechtsgeldes bezüglichen Bestimmungen des Gesetzes vom 14. Mai 1860 (Gesetz-Sammlung 1860, Seite 237), sowie alle auf Grund desselben in den einzelnen Stadtgemeinden darüber getroffenen Anordnungen außer Kraft.

— Der Andrang zu den Leihämtern und Pfandleihen hat, wie die „Reform" meldet, jetzt einen Höhepunkt erreicht, wie man sich dessen hier nicht zu erinnern weiß. Bei einzelnen Pfandleihern sollen die Mittel bereits nicht mehr ausreichen, um ihren Geschäftsbetrieb in gewohnter Weise fortzusetzen.

Berlin, 30. Januar. (*Abgeordnetenhaus.*) 61. Sitzung. (Schluß.) Handelsminister Graf *Itzenplitz*: Der Vorredner hat die Nothwendigkeit der Vorschläge anerkannt, die die Regierung gemacht hat. Es wird aber verlangt, daß bei dieser Gelegenheit eine Verfassungsfrage zum Austrag gebracht werde. Daß die Frage eine bestrittene ist, werden Sie nicht in Abrede stellen können. Sie deduciren aus dem Geist und der Tendenz der Verfassung; aber in dem Buchstaben derselben steht das Recht nicht. Haben wir denn den Verkauf der westphälischen Bahn nicht vorgelegt? Halten Sie sich also an die Thatsache und geben Sie das Mißtrauen auf. Es ist dies nicht die richtige Gelegenheit, um diesen Streit zum Austrage zu bringen, und das Vertrauen, welches Sie von der Regierung in Anspruch nehmen, kann sie auch von Ihnen beanspruchen. Man hat so viel von Köln-Minden gesprochen, wir haben Köln-Minden weder verkauft noch verkaufen wollen und haben nur auf ein Recht verzichtet; wollen Sie das so weit treiben, daß wir ohne Ihre Erlaubniß Eisenbahnen verpachten, dann dürfen wir keine Domänen mehr verpachten, dürfen keine Servituten der Domänen ablösen. Ja, meine Herren, dann legen Sie die Regierung in das Abgeordnetenhaus und das geht nicht, regieren kann das Abgeordnetenhaus nicht. Sie wollen die Gelegenheit zur Erneuerung eines Konflikts benutzen. (Widerspruch.) Gegen das Amendement v. Vincke muß ich mich erklären, das kann die Regierung nicht acceptiren. Ich bitte Sie daher, geben Sie den Verhältnissen ihr Recht, haben Sie Vertrauen zur Regierung und genehmigen Sie die Regierungs-Vorlage (Bravo.) — Abg. *Lasker*: Wir haben von der Regierung stets, wenn wir mit ähnlichen Forderungen vor sie getreten, gehört: Non possumus! Wenn die Regierung uns sofort, wenn wir solche Forderungen stellen uns sagt, wir wollen den Konflikt wieder herbeiführen, so hören alle unsere Verhandlungen auf. Wir haben die Pflicht, alle Forderungen, welche die Regierung an uns stellt, nach allen Seiten hin zu prüfen; oder will die Regierung etwa, daß wir diese Sachen in Volks-Versammlungen verhandeln sollen? Wir verlangen nichts mehr als die Anerkennung unseres Rechtes, daß die Regierung anerkenne, daß sie verpflichtet sei, Verträge, wie der mit der westphälischen Bahn, uns zur Genehmigung vorzulegen.

Finanzminister Freiherr v. d. *Heydt*: Die Regierung wünscht stets im Einvernehmen mit der Landesvertretung zu handeln. Was die Regierung fordert, fordert sie nicht zur Vertretung ihrer Regierungsrechte, sondern im Interesse des öffentlichen Verkehrs. Es liegt nicht in der Absicht der Regierung, Ihren Ansichten entgegen zu treten. (Der Minister sprach mit so leiser Stimme, daß der größte Theil seiner Rede auf der Journalisten-Tribüne verloren ging.) — Abg. Dr. *Achenbach*: Der Gegenstand ist gar nicht dazu angethan, solchen Prinzipienstreit hier zum Austrag zu bringen. Selbst der Abg. Freiherr v. Hoverbeck hat es zugestanden (Redner weist das aus dem stenographischen Berichte nach), daß die Regierung jetzt verfassungsmäßig nicht verpflichtet ist, bei Verkäufen von Hütten- und anderen Staatswerken die Genehmigung des Landtags herbeizuholen. In gleichem Verhältniß stehen auch die Eisenbahnen, der Abg. Dr. Virchow hat dies selbst früher schon zugestanden. Wenn je ein Staat auf seine Finanz-Verwaltung stolz sein kann, so ist es Preußen; ich für meinen Theil würde sie sogar noch den Thaten unseres Heeres voranstellen. Und ich bitte Sie, diesen Ruhm Preußens nicht durch Ihr Deuteln zu schmälern. — Abg. Freiherr v. *Vincke* (Hagen): Ich glaube, wir handeln im Interesse der Sache und der Staatsregierung, wenn wir den Kommissions-Antrag, wenn auch in dem von mir modifizirten Sinne, annehmen, um die Regierung vor ähnlichen Ungelegenheiten und Mißhelligkeiten zu hüten, wie sie bei der Köln-Mindener Angelegenheit vorgekommen sind. Mein Antrag von heute ist ganz derselbe wie der von gestern, aber wie der Herr Handelsminister heute das Prinzip verleugnen kann, was er gestern anerkannt hat, geht mir über meinen Horizont, das ist nicht konsequent. Wenn der Minister an unser Vertrauen appellirt hat, so appellire ich wiederum auch an sein Vertrauen und an das Vertrauen der Regierung zu uns. Ich hoffe, daß die Regierung es erwäge, daß ihr die Unterstützung aller derer in diesem kritischen Momente nothwendig ist, welche sie unterstützen wollen, und daß sie meinem Amendement zustimmt.

Abg. *Wagener* gegen den Kommissions-Antrag. Es wäre doch wohl bedauerlich, wenn in der elften Stunde der Session das Einvernehmen wieder gestört werden sollte, wenn wir, nachdem wir mit der Indemnität in die Session hineingegangen sind, mit dem Verfassungs-Konflikt wieder herausgingen. — Abg. v. *Hoverbeck* spricht für die Kommission. — *Handelsminister*: Die Regierung hat keineswegs gesagt, daß sie solche Verkäufe 2c. nicht vorlegen *wolle*, sondern nur, daß das vorliegende Gesetz nicht geeignet sei, um eine Ausdehnung der Verfassung darin festzustellen. Wer jetzt den Konflikt angefangen hat, das ist nicht die Regierung; die Regierung hat nicht gesagt, sie wolle die Eisenbahnen verkaufen, sie hat nicht gesagt, daß die Vorlegung der Eisenbahn-Verkäufe nicht nothwendig sei; sie hat nicht ein Gesetz vorgelegt, durch das sie die Verfassung nach ihrer Ansicht interpretiren will, sondern sie hat sich streng an die Sache gehalten; thun Sie dasselbe, meine Herren. Wenn man sich mit voller Hingebung der Aufgabe widmet, die Interessen und den Wohlstand des Landes zu fördern und es werden einem dabei durch theoretische Interpretationen die Mittel dazu versagt, dann, meine Herren, muß einem doch wirklich der Muth sinken. (Beifall rechts.) — Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt. Abg. *Scharnweber* bekämpft den Kommissions-Antrag, indem er ausführt, daß der Art. 99 der Verfassung für die vorliegende Frage nicht entscheidend wäre. — Abg. Dr. *Virchow*: Gegen die Ansicht der Staats-Regierung sprechen nicht nur allgemein konventionelle Gründe, sondern auch gesetzliche Bestimmungen aus den Jahren 1820 und 1824. Das Herrenhaus hat diese Gesetze gleichfalls anerkannt; wir verlangen daher nichts Neues, sondern nur etwas Gesetzliches. Wir verlangen nur die Anerkennung unseres Rechts. (Der Kriegs-Minister v. Roon ist eingetreten.)

Abg. Graf *Schwerin* (für den Kommissionsantrag): Ich hätte nach den Ausführungen meines Freundes Vincke auf das Wort verzichten können, wenn ich nicht einen besonderen Grund hätte, meine Stimme noch für den Kommissionsantrag zu erheben, meine Stimme, von der die Regierung doch wohl überzeugt sein kann, daß sie die Eintracht mit der Staatsregierung zu fördern bestrebt ist, so weit es mit dem Rechte des Landes in Einklang zu bringen ist. Ich muß es bitter beklagen, daß die Regierung eine so entschieden negirende Stellung zur vorliegenden Frage einnimmt. Das Bestreben nach einer Ausdehnung der Verfassung, das der Herr Handelsminister in dem Antrage finden will, ist keineswegs vorhanden. Es handelt sich nicht darum, ein allgemeines Prinzip bei Gelegenheit eines Spezialgesetzes zum Austrage zu bringen. Ich habe mich gefreut, daß gestern eine Uebereinstimmung der Regierung mit den Ansichten des Hauses herbeigeführt worden ist. Heute verlangt das Haus auch nichts Anderes, als was sich in den Grenzen des vorliegenden Gesetzes bewegt. Der Herr Handels-Minister hat deshalb durchaus keine Veranlassung, den Muth zu verlieren. Die Frage ist ganz einfach: die Regierung fordert Geld zu bestimmten Ausgaben für Eisenbahnen; das Haus will Geld bewilligen unter der Voraussetzung, daß diese Eisenbahnen nicht veräußert werden dürfen, und befindet sich dabei im vollen Rechte. Warum bemüht sich die Regierung, mit einem neuen Konflikte zu drohen? Ist das nicht gerade der Weg des Kompromisses, den wir einschlagen, daß wir bei dem speziellen Falle uns einigen wollen? Wir wollen auch ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz, damit wir die Minister zur Verantwortung ziehen können. (Beifall.) Die Regierung soll eben nicht die Verfassung nach ihren Wünschen interpretiren, und wenn sie gegen das Gesetz verstößt, soll sie die finanzielle und prinzipielle Verantwortung tragen. (Zustimmung links.) Wir wollen eben nicht wieder auf den Weg der Interpretationen gehen, damit nicht wieder so unerquickliche Streitigkeiten hervorgerufen werden, wie mit der Köln-Mindener Eisenbahn. Wir wollen das Gesetz, damit die Minister in Zukunft nicht in die Verlegenheit kommen, das Gesetz falsch interpretiren zu können; und wenn sie gegen ein Gesetz fehlen, sollen sie mit ihrem Kopfe einstehen. (Lebhafte Zustimmung links.) Ich bitte die Herren Minister dringend, machen Sie keine Prinzipienfrage daraus; das Haus ist es nicht, das den Konflikt hervorruft. — Der Passus im Amendement in Betreff der Verpachtungen könnte allerdings Bedenken hervorrufen, da man gegen jeden Mißbrauch des Gesetzes nicht ein besonderes Gesetz machen kann. Da aber die Regierung mit einer solchen Schroffheit auftritt, beraubt sie mich der Möglichkeit, ein solches Amendement einzubringen. Nach alledem bitte ich Sie, das Amendement anzunehmen. Wie der Herr Handelsminister dazu kommt, deshalb den Muth sinken zu lassen, um für das Wohl des Landes zu sorgen, was er bis jetzt, wie ich gern anerkenne, mit aufrichtigem Herzen und mit gutem Erfolge gethan hat, sehe ich nicht ein. (Lebhafter Beifall links.) — Am Schlusse der General-Diskussion weist der Ref. Abg. *Michaelis* noch ausdrücklich darauf hin, daß das Haus heute dasselbe thun solle was es gestern gethan habe, nicht mehr und nicht weniger.

Es soll nunmehr in die Spezial-Diskussion eingetreten werden. Zuvor kommt aber ein vom Grafen *Renard* eingebrachter Abänderungs-Antrag zu § 6 zur Verlesung, der zwischen der Regierung und der durch die Theilnahme der Altliberalen verstärkten Opposition vermitteln soll und offenbar das rasch erzeugte Produkt der Verhandlungen ist, die mit auffälliger Lebhaftigkeit zwischen den Bänken der Rechten und dem Ministertisch betrieben worden sind. Der Kriegsminister, der zwischen seinen Kollegen, dem Frhrn. v. d. Heydt und dem Grafen Itzenplitz Platz genommen, wird wiederholt zur Theilnahme an diesem geschäftlichen Verkehr genöthigt. Der Antrag des Grafen Renard lautet: „Jede Verfügung der Staatsregierung über die Verbindungsbahnen zu Berlin und Breslau, die Eisenbahn von Dittersbach und Altwasser und die von Saarbrücken nach Saargemund durch Veräußerung bedarf der Zustimmung der Landesvertretung." (Heiterkeit und Unruhe rechts.) — Bei der Spezialdiskussion über §. 1 weist Abg. *Hummel* auf die Petitionen hin, betreffend den Bau einer direkten Bahn von Wangerin nach Dirschau. Der Handelsminister erwiedert, daß er diese Bahn durchaus für wünschenswerth halte, wie auch den Bau der Linie Dirschau-Schneidemühl, daß aber die Ausführung von den Bewilligungen des Hauses abhänge. Die erstere Bahnstrecke wollte eine englische Gesellschaft bauen, drei Jahre verhandelte man mit ihr, endlich war Alles fertig, das Privilegium ausgearbeitet, da im letzten Moment, als die Gesellschaft Zug um Zug zur Ausführung schreiten sollte, zog sie sich zurück. — §. 1 der unveränddrt gebliebenen Regierungs-Vorlage wird (eventuell) einstimmig angenommen. — Bei §. 2 erklärt sich der Finanzminister gegen das Laskersche Amendement, weil er die Finanzverwaltung vor der Möglichkeit schützen will, daß sie gleichzeitig Ueberschüsse aus den Staats-Einnahmen zur Tilgung der Staatsschulden abführe und Anleihen für den Bau von Eisenbahnen verausgabe. Abg. *Twesten*: Gerade umgekehrt solle das Amendement dieser Möglichkeit vorbeugen und es unmöglich machen, daß gleichzeitig Ueberschüsse aus disponiblen Fonds und Anleihen verwendet würden. Es sei bei dem nahen Schlusse der Session hohe Zeit, daß der Finanzminister sein nach dem Kriege gegebenes Versprechen erfülle und ein Bild der Finanzlage des Staates und eine Uebersicht der gegenwärtigen Bestände gebe. Das Haus habe bereits 60 Millionen bewilligt, soll heut 24 Millionen und nächstens noch weitere 3 Millionen Thaler zum Ankaufe des Thurn- und Taxisschen Postrechts bewilligen, in Summa 87 Millionen! Da wäre die versprochene Auskunft doch unerläßlich. Der Finanzminister führt aus, daß seine frühere Aeußerung mißverstanden sei, und fügt hinzu: die letzte Erinnerung treffe ihn nicht, da die Militär-Verwaltung die Kosten des Krieges noch nicht übersehen könne und ihn daher noch nicht in den Stand gesetzt habe, seine Zusage zu erfüllen. Nach einigen Bemerkungen des Referenten äußert der Finanzminister den Wunsch, daß der Präsident über die beiden Abschnitte des §. 2 (dessen zweiter von den Kommissionen herrührt) getrennt abstimmen lassen möge. Der Präsident glaubt dem Wunsche des Herrn Ministers zu genügen, wenn er zuerst über das Amendement Lasker zur Regierungsvorlage und dann über §. 2 in der Fassung der Kommissionen abstimmen lasse und das Haus genehmigt diese letztere Reihefolge der Abstimmungen. So wird denn zuerst das Amendement Lasker und dann der §. 2 mit seinen beiden Abschnitten und zwar mit großer Majorität angenommen. Mit derselben stimmen auch einzelne Mitglieder der Rechten, wie Wagener, v. Blanckenburg, v. Lingenthal.

Darauf werden die §§. 3—5 ohne Widerspruch genhmigt und endlich §. 6, das heißt das Amendement Vincke, welches von dem Referenten adoptirt ist und fortan als §. 6 des Kommissions-Entwurfes gilt, zur Diskussion gestellt. Es liegt zu demselben nur der Antrag des Grafen Renard vor, mit dem sich der Handelsminister einverstanden erklärt, als einem analogen des gestrigen Vinckeschen Antrages; heut könne die Regierung ebenfalls sehr wohl im bestimmten Falle für 3 Bahnen eine bindende Zusage machen. — Unter dem Beifall des Hauses erklärt darauf der Graf *Schwerin*, daß, so dankbar er für das bewiesene Entgegenkommen und die Neigung zu einem Kompromiß Seitens des Herrn Ministers sei, er den Kompromiß selbst mit Bedauern als ungenügend ablehnen müsse und gegen einen Antrag stimmen werde, der eben dadurch, daß er drei Bahnen nennt, e contario zu dem Schluß benutzt werden könne, daß die Staatsregierung die nicht ausdrücklich genannten Bahnen zu veräußern sich befugt erachten dürfte. — Graf *Renard*: Das Recht des Hauses ist durch meinen Antrag genügend gewahrt und zugleich der Bau der Bahnen gesichert. Wir können bei der Bewilligung für neue Bahnen Bedingungen stellen, aber nicht in Betreff der älteren Staatsbahnen. Ueber den Geschmack läßt sich nicht streiten. Ich als praktischer Mann sage Ihnen (zur Linken): Sie haben einen schlechten Geschmack, stimmen Sie zu seiner Verfeinerung für mein Amendement! (Heiterkeit).

Das Amendement v. Vincke wird darauf in namentlicher Abstimmung

mit 175 gegen 114 Stimmen angenommen. (Für dasselbe stimmen alle liberalen Fraktionen, die Katholiken und Polen; dagegen die konservative Partei mit Einschluß der Fraktion Bethusy-Huc.) Nachdem auch §. 7 angenommen, verlassen die drei Minister den Saal und erfolgt die Genehmigung des ganzen Gesetzes gegen die Stimmen der Konservativen. Die Ueberschrift desselben wird mit Rücksicht auf die Annahme des Amendement Vincke entsprechend abgeändert. (Die gesperrten Worte „Gesetzentwurf, betreffend die Vermehrung des Betriebsmaterials 2c., so wie die Verfügung über Staatsbahnen" entsprechen dem aufgegebenen §. 6 des Kommissionsentwurfs.)

Schluß $3\frac{1}{4}$ Uhr. Nächste Sitzung Freitag präcise $10\frac{1}{4}$ Uhr. Der Präsident bedauert, daß er mit dem Beginn der Sitzung in Folge des späten Kommens vieler Mitglieder habe warten müssen, und wird in Zukunft keine Rücksicht mehr auf die Abwesenden und Verspäteten nehmen. (Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen, drei Interpellationen (des Abg. v. Hennig, betr. die Anwendung gedruckter Stimmzettel bei den bevorstehenden Wahlen, des Abg. Virchow, betr. die Benutzung der Turnplätze in den Schulen, und ein dritte, betr. die Viehseuche), Bericht über den Gesetzentwurf, betr. die Aufhebung des Salzmonopols. — (Am 31. werden die Kommissionen die Vorlagen, betr. den Ankauf des Thurn und Taxisschen Postrechts und die pommerschen Lehne mit den Aenderungen des Herrenhauses diskutiren.)

Bockenheim, 29. Januar. Wie man sich erinnern wird, wurde die am 9. d. Mts. auf dem in der Nähe belegenen sogen. Heiligenstock anberaumte Kontrolversammlung dadurch vereitelt, daß die Mehrzahl der erschienenen Kontrolpflichtigen den Fahneneid verweigerte. Bei der in Folge dessen gestern von Neuem dort abgehaltenen Kontrolversammlung wurde nach Verlesung der Kriegsartikel der von hier angetretenen Mannschaft — über 180 Mann — eine Ordre, wie das „Fr. Journ." vernimmt, von Berlin bekannt gegeben und danach die Truppe, mit nur wenigen Ausnahmen, zu achtwöchigem Dienst bei den bezüglichen Regimentern unter Bedeckung sofort abgeführt. 70 Mann davon wurden noch an demselben Tage bei dem in Hanau garnisonirenden 82. Regiment eingestellt. Die Maßregel beweist, daß die Behörden, bei aller sonst gegen die Einstellungspflichtigen geübten Milde, doch nicht gewillt sind, an den unabweisbaren Forderungen einer guten Mannszucht, als der Grundlage jeder militärischen Einrichtung, etwas nachzulassen.

Lübeck, 29. Januar. Die Bürgerschaft genehmigte in ihrer heutigen Sitzung die Vorlage des Senates, betreffend die beiden resp. zwischen den Hansestädten und Preußen abgeschlossenen Verträge über das hiesige Ober-Appellationsgericht, sowie die revidirte Kaufmanns-Ordnung mit der Zusatzbestimmung, daß denjenigen Mitgliedern der Kaufmannschaft, welche 4 Wochen nach Erlaß dieser Zusatzbestimmung austreten, eine Entschädigung von 150 Mk. zugebilligt werde. Ferner bewilligte die Bürgerschaft dem Abgeordneten zum norddeutschen Parlament ein Tagegeld von 4 Thlr., so wie eine Vergütung der Reisekosten mit 1 Mk. pr. Meile. Endlich beschloß die Bürgerschaft mit 40 gegen 33 Stimmen, den Senat zu ersuchen, daß derselbe baldthunlichst den Entwurf einer Hypotheken-Ordnung dahin bewerkstellige, daß statt des bisherigen Konsensprinzips transportable Hypothekenscheine eingeführt würden.

Braunschweig, 29. Januar. Das Offizier-Korps des in Goslar in Garnison liegenden preußischen Jäger-Bataillons machte Sr. H. dem Herzoge seine Aufwartung und wurde darauf zur Herzoglichen Tafel befohlen.

Dresden, 28. Januar. (W.-Z.) Während noch das Manifest eines Hohenlohe Rumor in der Presse macht, dürfte vielleicht auch das eines Hohenthal, welches zwar nicht vom Ministertische, aber doch aus dem Munde eines Hochtory und Mitgliedes der ersten sächsischen Kammer kommt, und die Meinung der Stände ausspricht, einiges Aufsehen erregen. Der Graf Hohenthal hat in der heutigen Sitzung der ersten Kammer unter dem lebhaftesten Beifall derselben (des der noch reaktionäreren Majorität der zweiten Kammer kann er gewiß sein) mit Verwerfung der von der Regierung mit Preußen zu vereinbarenden Bundesakte durch die Stände gedroht, falls dieselbe die Selbstständigkeit des Landes beeinträchtige Die Stände würden ein Bundesverhältniß nicht genehmigen, welches die staatliche Existenz gefährde, und lieber die Preußen als Exekutionstruppen im Lande behalten.

Ausland.

Wien, 28. Januar. Die äußere Politik ist vor der allgemeinen Wahlbewegung beinahe ganz in den Hintergrund getreten. Kaum vermochte die Nachricht einiges Interesse zu erregen, daß die Regierung mit dem Plane umgeht, die Nordgrenze des Reiches durch ein ausgedehntes System korrespondirender Befestigungen zu decken. Seit Olmütz und Josephstadt sich als ganz unwirksam erwiesen haben, ist das Vertrauen auf Wälle und Gräben so ziemlich abhanden gekommen. Mit regerer Befriedigung wurde eine kriegsministerielle Verordnung begrüßt, welche wegen der Prügelstrafen in unserer Armee wesentliche Aenderungen anordnet und die Verhängung dieser entehrenden Züchtigung auf nur wenige, außerordentliche Fälle beschränkt.

Triest, 29. Januar. Die guten Nachrichten aus Miramare über das Befinden der Kaiserin Charlotte bestätigen sich mit jedem Tage mehr. Die Krisen, die sich noch in entfernten Zwischenräumen gezeigt hatten, haben jetzt völlig aufgehört. Durch das letzte englische Packetboot, das am 30. Dezember in Southampton angekommen ist, erhielt die Kaiserin von ihrem Gemahl Briefe, in welchen er ihr die wahre Lage Mexiko's und seinen Entschluß darlegt, einen National-Kongreß einzuberufen. Die Kaiserin hat ihrer Umgebung ihre lebhafte Befriedigung darüber kundgegeben, daß der Kaiser auf seinem Ehrenposten auszuharren entschlossen ist, und sie hofft, sowie der Kongreß seine Entscheidung getroffen hat, sich zu ihm begeben zu können. Bis dahin wird sie in Europa bleiben, so stark auch in der letzten Zeit ihr Verlangen nach einer baldigen Abreise ist. Ueberhaupt ist das körperliche wie das geistige Befinden der Kaiserin Charlotte so befriedigend, wie man es nur wünschen mag.

Paris, 28. Januar. Der erregten Diskussion gegenüber, welche das Kaiserliche Dekret vom 19. Januar in der Presse erfahren, soll der Kaiser in einer vorgestern stattgehabten Unterredung mit den Ministern Rouher und Lavallette den liberalen Charakter der beabsichtigten Maßnahmen hervorgehoben und das Verlangen ausgesprochen haben, daß sie in diesem Sinne zur Ausführung kämen.

Was den Gesetzentwurf über das Versammlungsrecht angeht, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß es sich nur auf die Wahlversammlungen beziehen und keine Anwendung auf andere Versammlungen finden wird.

In Börsenkreisen erregte gestern die Mittheilung des „Moniteur", daß die Regierung die vielbesprochene Milliardanleihe nicht beabsichtige, Aufsehen. Man glaubt eben, daß nur die Zahl falsch gegriffen, aber eine Anleihe gleichwohl beschlossene Sache sei, obwohl die Regierung auf einigen Widerstand im gesetzgebenden Körper gefaßt sein muß.

Bei alledem verliert man die Frage der Reorganisation in der Formation und der Bewaffnung der Armee nicht aus den Augen. Der Kriegsminister hat in Versailles Versuchen beigewohnt, die unter Kommando des Generals Bourbaki mit einem neuen Gewehr angestellt worden sind, welches vor dem Chassepot-Gewehr den Vorzug haben sollte, daß es sich der jetzigen Schußwaffe anpassen würde. Gleichwohl sollen die Versuche zu Gunsten des Chassepot-Gewehres ausgefallen sein. Ueber die Aenderungen in der Kavallerie ist noch nichts entschieden. Die schwere Kavallerie in leichte umzuwandeln, wie früher beabsichtigt war, dürfte nicht opportun erscheinen. Man macht dagegen geltend, daß auch Preußen die Zahl seiner schweren Kavallerie-Regimenter erhöht.

Leider steigt in Paris selbst die Theuerung der Lebensmittel von Tage zu Tage und droht in der Zeit der Industrie-Ausstellung exorbitant zu werden. Die Engländer, die durch die Viehseuche einen bedeutenden Ausfall an ihrer gewohnten Fleischnahrung erlitten haben, plündern unsere Nordprovinzen völlig aus; ja, sie kaufen schon die Eier auf, die unsere Hühner noch legen sollen.

— Aus Mexiko hat Herr Dano einen Bericht eingesandt, der von einem neuen Dekrete Maximilians spricht, durch welches allen Führern und Mitgliedern der Juaristen unter Garantie des diplomatischen Korps Geleitsbriefe angeboten werden, um frei und ungehindert in Kaiserlichen Städten sich am nationalen Votum für oder gegen das Kaiserreich betheiligen zu können. Zu dem Ende ist der Termin der Abstimmung vom 1. auf den 10. Februar hinausgeschoben worden. Maximilian hatte sich entschlossen, während dieser Zeit im mexikanischen Versailles, zehn Meilen von der Hauptstadt, im Schlosse von Cuernavaca, seinen Aufenthalt zu nehmen.

— Das „Mémorial Diplomatique" widerlegt heute die Nachricht der amerikanischen Blätter, denen zufolge der Kaiser Maximilian, falls der Kongreß, der am 1. Februar in Mexiko zusammentritt, sich für die Republik erklärt, als Kandidat zur Präsidentschaft auftreten wolle; wenn das Kaiserreich vor dem Kongresse keine Gnade finde, so sei er entschlossen, abzudanken.

London, 26. Januar. Große Verlegenheit herrscht in Rom. Nicht bloß im Vatikan, woselbst man an Verlegenheiten gewohnt ist, sondern auch unter dem Häuflein liberaler englischer Parlaments-Mitglieder, die nach der heiligen Stadt gepilgert waren, um außergewöhnliche politische Ereignisse mitzuerleben, und die sich nicht gern jetzt schon zur Rückreise anschicken, theils, weil sie noch immer etwas zu erleben hoffen, theils, weil ihnen die Berichte über unseren hiesigen Winter das Heimweh verscheuchen. Und doch müßten sie bald nach Eröffnung des Parlaments zurück sein, wenn entscheidende Abstimmungen ihre Anwesenheit erfordern sollten. In ihrem Zweifel haben sie sich durch Einen aus ihrer Mitte an Gladstone brieflich um Rath gewandt, worauf dieser von Paris aus geantwortet hat, wie folgt: So viel er von London höre, sei es die Absicht der Tories, der Reformfrage in der Königlichen Thronrede gar keine Erwähnung zu thun, in welchem Falle zweifelsohne ein Amendement zur Adresse beantragt, d. h. der Kampf gegen die Regierung ohne Verzug in Scene gesetzt werden und die Anwesenheit eines jeden Parteimitgliedes nöthig sein würde. So Gladstone. Die Folge davon ist, daß die Herren in Rom entschlossen sind, ihre Winterquartiere bis auf Weiteres von Rom nach Florenz vorzuschieben, woselbst sie auf telegraphischem Wege von dem event. Bedürfnisse ihrer Gegenwart in London rascher in Kenntniß gesetzt werden könnten.

Pommern.

Stettin, 31. Januar. Der Ausbau des Rathhauskellers ist nunmehr vollständig beendet und macht die innere Einrichtung und Ausstattung desselben im Allgemeinen einen wohlthuenden Eindruck. Ein wesentlicher Uebelstand für die spätere Benutzung der Räumlichkeit als Restaurationslokal dürfte indessen der sein, daß der Fußboden nicht gedielt ist, sondern aus Ziegelsteinen besteht und deshalb jedenfalls feucht und kalt ist, wenngleich Vorrichtungen getroffen sind, um die Nässe möglichst abzuleiten.

— In einer berüchtigten Diebesspelunke in der Frauenstraße fand man dieser Tage u. A. auch die Reste eines vor etwa 14 Tagen vom Jakobikirchhofe gestohlenen Dienstmannswagens. Der Wagen war zu Brennholz zerschlagen und die an demselben befindlichen Eisentheile hatten wahrscheinlich schon ihren Weg zu einem unserer Händler „mit rohen Produkten" gefunden.

— Als industrieller Mensch hat sich der 16jährige Cigarrenmacherlehrling N. erwiesen. Derselbe borgte sich am 20. d. Mts. von einem ihm befreundeten Tischlerlehrling ein Paar Schlittschuhe und verkaufte dieselben demnächst sofort an einen Fleischerlehrling, welcher sie in seiner Schlafkammer aufbewahrte. Am nächsten Sonntage begab sich N. nun nach jener Kammer, erbrach dieselbe gewaltsam und entwendete sodann die Schlittschuhe aus derselben, um sie dem rechtlichen Eigenthümer wieder zurück zu geben. Sein ganzer Vortheil bei dem Geschäft bestand in $2\frac{1}{2}$ Sgr., für den er sich aber voraussichtlich der unangenehmen Strafe der Unterschlagung und des schweren Diebstahls ausgesetzt hat.

— Freitag Abend wird zum Benefiz des Herrn Kapellmeisters Preumeyer, der sich durch die exakte Leitung der Kapelle rühmlich hervorgethan hat, „der Maskenball" von Aubère gegeben und erlauben wir uns die geehrten Leser darauf aufmerksam zu machen.

— Wir haben heute wiederum eine ganze Reihe von Diebstählen zu melden. Am 28. d. M. Abends schlich sich ein nicht näher ermittelter Dieb mittelst vorsichtigen Zurückbiegens der an der Ladenthüre befindlichen Klingel in den Wallstraße 28 belegenen Laden des Fleischers Kuhnert und entwendete dort 1 Speckseite sowie 1 Stück Schweinefleisch, welche Gegenstände in unmittelbarer Nähe der Ladenthüre hingen. — Am 26. wurde dem auf der Lastadie wohnhaften Schankwirth Marzahl aus der unverschlossenen Küche eine kupferne Kasserolle und verschiedene Töpfe gestohlen. Einige der letzteren sind bei der wegen Diebstahls vielfach bestraften sep. Privatschreiber Kr. gefunden; dieselbe leugnet indessen hartnäckig, den Diebstahl verübt zu haben. — Die unverehelichte Elise K. hat nach ihrem Geständniß dem Arbeiter Blödorn, bei dem sie einige Zeit in Schlafstelle lag, verschiedene Gegenstände entwendet. — Ebenso ist der Schiffsarbeiter Gr. zu Kupfermühle, Bredower Antheil geständig, dem Wraker Stork von seiner am Dunzig belegenen Wiese eine Quantität Heu gestohlen zu haben. — Der bei dem Kfm. Lehmann in der Mittwochstr. dienenden unverehelichten Behnke wurden vorgestern Abend aus der unverschlossenen Küche verschiedene Kleidungsstücke und dem in der Speicherstr. wohnhaften Schuhmachermeister Kloß in den letzten Tagen bei Gelegenheit eines Umzuges ein großer kupferner Kessel gestohlen. — Aus dem Werkstattsgebäude der Maschinenbau-Anstalt „Vulkan" zu Bredow sind innerhalb der letzten Wochen verschiedene Metallgegenstände von zusammen über 1 Ctr. Gewicht von bisher nicht ermittelten Dieben entwendet.

Anklam, 29. Januar. Am 21. September v. J. traf Kapt. L. Nicolai, Führer der hiesigen Brigg „Richard" die englische Bark „Obeske" aus Newcastle in der Nordsee im sinkenden Zustande an, rettete die Mannschaft und landete dieselbe wohlbehalten in Antwerpen. Von der Königlich großbritannischen Regierung ist nun dem Kapt. Nicolai zum Dank für Rettung und Verpflegung der Besatzung dieses Schiffs ein Fernrohr verliehen und ihm dasselbe durch Vermittelung des Königlichen Ministeriums für Handel 2c. vermittelt worden. In einer abschriftlich mitgetheilten Note vom 11. d. Mts. spricht der Königlich großbritannische Botschafter in Berlin dem Kapitän Nicolai den Dank seiner Regierung für die menschenfreundliche und aufmerksame Behandlung der geretteten Leute aus.

Vermischtes.

Berlin. Am Montag früh wurde ein von auswärts hereingekommener Bäckerwagen sammt Pferd und Waare von der Straße gestohlen. Erst am Abend wurden Pferd und Wagen, sämmtlicher Backwaaren entledigt, in einem entlegenen Stadttheil angetroffen.

Neueste Nachrichten.

Pesth, 30. Januar. In der heutigen Sitzung der siebenundsechziger Kommission wurden 17 weitere Paragraphen des Elaborats der fünfzehner Subkommission mit einigen von Deak unterstützten Amendements mehrerer Deputirten angenommen. Das von dem Deputirten Hollan gestellte Amendement lautet: Alles, was auf einheitliche Leitung, die Führung und die Organisation des Gesammtheeres Bezug hat, wird als der Verfügung des Kaisers angehörend anerkannt.

Florenz, 30. Januar. Bei einer Interpellation von Bixin, betreffend die Fregatte Formidable, auf welche ein österreichisches Fort geschossen hat, tadelte er den Fregatten-Kapitän. Der Marine-Minister sagte, Oesterreich habe geantwortet, das Fort habe aus Irrthum gefeuert; die Verhandlungen mit Oesterreich dauerten fort. Die Interpellation wird nicht weiter verfolgt.

Konstantinopel, 30. Januar. Von den 82 ehemaligen Garibaldianischen Offizieren, welche in die Reihen der Insurrektions-Armee getreten waren, sind nur noch 13 übrig; dieselben haben die Kapitulation angenommen. Die neuerdings in Kandia ausgeschifften Freiwilligen sind mit einem Verlust von 60 Todten zersprengt worden. — Die Ernennung eines christlichen Fürsten zum Gouverneur von Kandia gilt als bevorstehend. — In Albanien ist die Ruhe vorläufig wieder hergestellt.

Jussuf Karam, welcher Syrien verlassen hat, ist nach Algerien übergesiedelt und soll eine französische Pension erhalten. — Die Nobelgarde des Sultans ist aufgelöst worden.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Paris, 31. Januar. Die „France" meldet: Die Regierung ist entschlossen, die Rednertribüne im Sitzungssaale des gesetzgebenden Körpers wieder aufzustellen; die Arbeit ist heute Morgen begonnen. „France" und „Etendard" enthalten die Mittheilung: Die Räthe des Kaisers sind einstimmig dafür, das Schreiben des Kaisers im liberalen Sinne anzuwenden. Die vorgängige Genehmigung zur Herausgabe von Zeitungen soll fortfallen. Das Vereinsrecht soll für alle ökonomischen, geistigen und moralischen Interessen permanent sein. Wahlversammlungen sollen zwanzig Tage vor dem Wahltage gestattet sein.

Börsen-Berichte.

Stettin, 31. Januar. Witterung: trübe. Temperatur + 6° R. Barometer 27" 6'". Wind: SW.

An der Börse.

Weizen gut behauptet, loco pr. 85pfd. gelber und poln. 80—85 Rt., feiner do. 86—87 Rt., geringer do. 70—78 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr 84, $84\frac{1}{4}$ Rt. bez., $84\frac{1}{2}$ Br. u. Gd., Mai-Juni 85 Rt. Br., Juni-Juli $85\frac{3}{4}$ Rt. Br.

Roggen Januar anfangs gefragt, schließt niedriger, sonst unverändert, pr. 2000 Pfd. loco 57 Rt. bez., Januar 57 Rt. bez., $56\frac{1}{2}$ Br., Febr. $55\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ Rt. bez. u. Gd., Frühjahr 54 Rt. bez. u. Gd., Mai-Juni $54\frac{3}{4}$ Rt. Br., $54\frac{1}{2}$ Gd., Juni-Juli $54\frac{3}{4}$ Rt. Br. u. Gd.

Gerste flau, loco pr. 70pfd. 48, 49[illegible] Rt. bez., 69—70pfd. Frühjahr schles. $49\frac{1}{2}$ Rt. Br.

Hafer loco pr. 50pfd. 29—30 Rt. bez., 47—50pfd. Frühjahr $31\frac{1}{4}$ Rt. bez.

Erbsen loco Futter- 51—55 Rt. bez, Koch- 57—60 Rt. bez., Frühjahr Futter- $57\frac{1}{2}$ Rt. Br.

Wicken loco 51—53 Rt. bez.

Schlagleinsamen loco 73—75 Rt. bez.

Rüböl still, loco $11\frac{1}{3}$ Rt. bez., $11\frac{1}{3}$ Rt. Br., Februar $11\frac{1}{3}$ Rt. Br., April $11\frac{2}{3}$ Rt. Gd.

Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß $16\frac{5}{12}$, $\frac{1}{2}$ Rt. bez., mit Faß $16\frac{1}{2}$ Rt. bez., Januar $16\frac{1}{2}$ Rt. nom, Frühjahr $16\frac{5}{8}$ Rt. Br., $16\frac{3}{4}$ Gd., Mai-Juni $17\frac{1}{6}$ Rt. Br.

Hamburg, 30. Januar. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, ab Auswärts matt, auf Termine behauptet. Pr. Januar-Februar 5400 Pfd. netto 152 Bankothaler Br., 150 Gd., pr. Frühjahr 145 Br., 144 Gd. Roggen loco flau, ab Auswärts etwas fester, auf Termine behauptet. Pr. Januar-Februar 5000 Pfd. Brutto 92 Br., 90 Gd., pr. Frühjahr 88 Br., 87 Gd. Oel unverändert, loco $25\frac{3}{8}$, pr. Mai $25\frac{7}{8}$, pr. Oktober $26\frac{3}{8}$ bis $26\frac{1}{4}$. Kaffee und Zink ohne Umsatz.

Amsterdam, 30. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen und Roggen behauptet, nur Roggen auf Termine 2 fl. niedriger. Rapps per April —, per Oktober 70. Rüböl per Mai 38, pr. Oktober-Dezember $39\frac{3}{8}$.